

Nur wenige Betrugsfälle

IV-Betrug in Liechtenstein: Verschwindend kleine Zahl von Delikten

SCHAAN – Die Schweiz verschärft den Kampf gegen Sozialschmarotzer. Ab Neujahr setzt die Invalidenversicherung auch Privatdetektive auf IV-Betrüger an. In Liechtenstein sind solche Massnahmen nicht vorgesehen.

• Michael Benvenuti

Simulanten, die trotz angeblicher Invalidität schwarzarbeiten, gehen ab nächstem Jahr in der Schweiz ein höheres Risiko ein, erwischt zu werden. Dank der 5. IV-Revision darf die Invalidenversicherung in Zukunft auch Privatdetektive zur Überprüfung potenzieller Sozialhilfebetrüger beiziehen. Die heim-

liche Überwachung sei allerdings nur das letzte Mittel, versuchte Alard du Bois-Reymond, Leiter der IV Schweiz, zu beruhigen.

In Liechtenstein werden diese Überwachungsmethoden jedoch nicht zur Anwendung kommen, versicherte gestern Walter Kaufmann, Direktor der AHV-IV-FAK-Anstalten. «Angesichts von rund 2200 Rentenfällen wäre es übertrieben, mit einer gross angelegten, vorübergehenden Übung eine Handvoll Verdachtsfälle zu suchen.» Überhaupt hält Kaufmann sogenannte Sozialinspektoren im Fürstentum für illusorisch: «Die wären ja schon nach wenigen Tagen im ganzen Land bekannt.»

Zudem erfolge die routinemässige Überprüfung sämtlicher Fälle ohnehin schon in regelmässigen Abständen, sagte Kaufmann im Gespräch mit dem «Volksblatt». So wurden im Jahr 2006 in 31 Fällen die Rentenstufen herabgesetzt, 28 Beziehern wurde die IV-Rente komplett gestrichen. Allerdings nicht wegen Sozialmissbrauchs, wie der IV-Direktor ausdrücklich betonte: «In den meisten Fällen hat sich der Gesundheitszustand der IV-Bezieher glücklicherweise verbessert.»

Eine Handvoll Betrüger

Die Zahl von Missbrauchsfällen sei im Fürstentum verschwindend klein und liege seit Jahren bei maxi-

mal fünf bis sechs Delikten. Dennoch, auch bei der liechtensteinischen IV wird dem Thema des ungerechtfertigten Leistungsbezugs künftig noch gezielter begegnet. So wurde vor kurzem IV-intern ein Arbeitspapier verabschiedet. Dieses beinhaltet verschiedene Kriterien, die bei der Prüfung der Fälle anzuwenden sind: Wie jung ist die Person, wo hat sie zuletzt gearbeitet, gibt es in ihrem näheren Umfeld weitere IV-Fälle? Wenn Bauarbeiter mit 55 oder 60 Jahren um eine IV-Rente ansuchen würden, sei das verständlich, so Kaufmann. Bei 25-Jährigen, die durchaus noch für Umschulungen geeignet wären, sei das Amt hingegen hellhöriger.

Steigt die Mehrwertsteuer?

Ständerat will IV mit Mehreinnahmen aus der Mehrwertsteuer retten

BERN – Der Ständerat will die Invalidenversicherung (IV) mit einer befristeten Erhöhung der Mehrwertsteuer und einer Starthilfe aus dem AHV-Fonds in eine gesunde Zukunft führen.

Er hat am Dienstag ein neues Konzept für die weitere Finanzierung des hoch verschuldeten Sozialwerks klar genehmigt. Die Schulden der IV sollen künftig verzinst werden. Das neue Konzept für die Zusatzfinanzierung der stark defizitären Invalidenversicherung war nötig geworden, nachdem der Nationalrat im vergangenen März ein erstes Paket mit einer unbefristeten Erhöhung der Mehrwertsteuer verworfen hatte. Es sieht nun vor, dass die Sätze für die Konsumsteuer nur

nach befristet für die Jahre 2010 bis 2016 erhöht und anschliessend wieder geprüft werden.

Normalsatz auf 8,1 Prozent

Der Normalsatz soll dabei um 0,5 Prozentpunkte auf 8,1 Prozent angehoben werden, die beiden reduzierten Sätze sollen von heute 2,4 beziehungsweise 3,6 Prozent um je 0,2 Prozentpunkte auf 2,6 beziehungsweise 3,8 Prozent ansteigen. Mit dem erwarteten Zusatzertrag von 1,5 Milliarden Franken pro Jahr kann nach Einschätzung der vorberatenden Kommission «ungefähr das jährliche Defizit der IV» gedeckt werden, wie Erika Forster (FDP/SG) sagte. Ein Antrag von Hans Hess (FDP/OW), die drei Mehrwertsteuersätze linear um 0,5 Prozentpunkte

anzuheben und damit weitere 300 Millionen Franken pro Jahr in die IV-Kasse zu spülen, wurde mit 29 gegen 5 Stimmen klar abgelehnt.

Einen weiteren Pflock will der Ständerat im Schuldenmanagement zwischen der AHV und der IV einschlagen. Er beschloss – wie schon bei der Frage der Mehrwertsteuer mit den Stimmen aus allen Parteien – für die Invalidenversicherung einen eigenen Ausgleichsfonds zu schaffen und dieses neue Gefäss mit einer letztmaligen Starthilfe aus dem AHV-Fonds in der Höhe von fünf Milliarden Franken zu versehen. Die verbleibenden Schulden der IV gegenüber dem AHV-Fonds in der Höhe von 12 bis 15 Milliarden Franken per Ende 2009 sollen neu von Bund und IV ver-

zinst und nicht abgeschrieben werden. Wie es im Rat auf bürgerlicher und linker Seite hiess, handelt es sich bei dem nun verabschiedeten Finanzierungskonzept um einen «guten Kompromiss», den es aus Gründen der politischen Vernunft von allen Parteien mitzutragen gelte. Wenn sich der Nationalrat noch einmal querstelle, dann drohe der IV «nichts anderes als der Ruin», sagte Anita Fetz (SP/BS).

Volk wird entscheiden

Eine letzte hohe Hürde hat die Vorlage aber allemal noch zu nehmen, auch wenn die Grosse Kammer diesmal dem Kurs des Ständerats folgt: Die beantragte Erhöhung der Mehrwertsteuer muss in jedem Fall auch vom Volk gutgeheissen werden. (ap)

Weniger Junge – mehr Ältere

Podiumsdiskussion über nachhaltige Gesundheits- und Pensionspolitik im Gasometer

TRIESEN – Sind die Renten auch künftig auf heutigem Niveau gesichert? Können wir uns teure Medizin und Pflege für die immer älter werdende Bevölkerung in Zukunft leisten? Solche Fragen standen gestern Abend im Triesener Gasometer im Zentrum einer Expertendiskussion.

Die Debatte wird seit einigen Jahren quer durch Europa und inzwischen auch in Liechtenstein geführt: Sinkende Geburtenzahlen und steigende Lebenserwartung belasten die Pensionskassen und führen zu wachsenden Kosten im Gesundheitswesen. In Zukunft werden immer weniger junge Erwerbstätige immer mehr Pensionisten erhalten müssen, und die in höherem Alter auftretenden Krankheiten inklusive Pflege werden mehr Geld kosten. Das heute gültige Umlagesystem gerät ins Wanken, wenn nicht frühzeitig gegengesteuert wird. Wie lassen sich AHV und Gesundheitswesen nachhaltig finanzieren? Auf Einladung des Zukunftsbüros diskutierten darüber Bernd Raffelhüschen, Autor der ersten Liechtensteiner Generationenbilanz, Harry Telsler, Autor einer Studie über die Entwicklung der Gesundheitskosten in der Schweiz, Ruth Kranz-Candrian von der Ärztekammer und die ehemalige LANV-Präsidentin Alice Fehr.

Günstige Lage in Liechtenstein

Eine Entwarnung konnte Bernd Raffelhüschen gleich zu Beginn geben: Die AHV ist in Liechtenstein zum Unterschied von anderen Ländern nicht in Gefahr. Der Staatshaushalt erzielt nach wie vor Überschüsse und die Rücklagen im System betragen ein ganzes Jahres-BIP. Ähnlich gut abgesichert ist in



Mit kleinen Systemkorrekturen hat Liechtenstein eine nachhaltig gesunde Zukunft. Am Podium diskutierten (v. l.) Markus Kaufmann (Zukunftsbüro), Bernd Raffelhüschen, Harry Telsler, Ruth Kranz-Candrian und Alice Fehr.

Europa nur noch das reiche Land Norwegen. Probleme könnte es künftig aber mit den steigenden Kosten im Gesundheitswesen geben. Schon jetzt wäre das System ohne hohe Subventionen durch Staat und Gemeinden nicht finanzierbar. Allerdings kann sich das reiche Liechtenstein die Subventionen auch leisten. Künftig jedoch nur, wenn die Staatseinnahmen steigen, etwa durch eine moderate Erhöhung der Mehrwertsteuer.

Harry Telsler bemängelte, dass im medizinischen System der Schweiz einseitig in steigende Qualität zu höheren Kosten investiert werde. Qualitätssteigerungen seien zwar wünschenswert, könnten aber in einem echten Wettbewerb auch zu

günstigeren Preisen erzielt werden. Solange es der Steuerzahler ohne grosses Mühen zahle, werde auf Kosteneinsparungen zu wenig geachtet. Telsler plädierte für mehr Eigenverantwortung und die Einführung eines Ansparsystems zusätzlich zum bisherigen Umlagesystem.

Für Ruth Kranz-Candrian von der Ärztekammer war klar, dass die Gesundheitskosten in den kommenden Jahrzehnten steigen werden. Schuld daran seien aber nicht die vermehrt niedergelassenen Ärzte, sondern die immer häufiger angewandte Spitzenmedizin. Krankheiten, die früher nicht behandelbar waren und zum Tod geführt haben, werden heute immer

effizienter mit teuren Therapien angegangen. «Aber eines ist klar», sagte Kranz, «jeder hängt an seinem Leben. Wenn wir darüber debattieren, wer im hohen Alter bzw. als chronisch Kranker noch welche teure medizinische Leistung erhalten darf, dann befinden wir uns inmitten einer ethischen Diskussion, die keiner führen will.»

Alice Fehr war von der nüchternen Statistikdiskussion nicht begeistert: «Mir kommt vor, in Liechtenstein müssen alle zuerst wie verückt arbeiten und anschliessend schnell sterben.» Der Wirtschaft gehe es gut und sie werde weiter wachsen, war sich Fehr sicher. Und damit sei die Zukunft nicht in Gefahr. (mf)

BILDIMPRESSIOMEN VON DER PODIUMSDISKUSSION



Von links: Ruth Kranz-Candrian, Bernd Raffelhüschen, Regierungschef Otmar Hasler, Gesundheitsminister Martin Meyer und Markus Kaufmann.



Interessiertes Publikum: Die Zukunft von AHV und Gesundheitswesen lockte zahlreiche Menschen in den Gasometer.



Unter den Zuhörern: die Landtagsabgeordneten Josy Biedermann und Doris Frommelt sowie der Triesner Gemeinderat Remy Kindle.



Auch nach der Veranstaltung gab es angeregte Diskussionen unter den Teilnehmern über Fragen der Zukunft einer alternden Gesellschaft.